

Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Bildung für alle!

Dafür stehen wir:

Geld ist genug da

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer (1% des Vermögens)
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Reform der Unternehmensbesteuerung
- Besteuerung von Veräußerungsgewinnen (beim Verkauf von Aktienpaketen etc.)

Arbeitsplätze für alle schaffen

- 35 h-Woche bei vollem Lohnausgleich als erster Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung
- Senkung der Lebensarbeitszeit - Rente ab 60 statt arbeitslos bis 70
- Öffentliches Investitionsprogramm zur Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen
- Schaffung von Arbeitsplätzen zu tariflichen Bedingungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Kultur
- Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, qualifizierte und zukunftsorientierte Ausbildung
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst
- Schaffung von 1 Million zusätzlicher Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen im öffentlichen Dienst

Öffentliches Eigentum erhalten

- Den Erhalt des kommunalen und sonstigen öffentlichen Eigentums

Bildung für unsere Zukunft

- Kostenlose Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder aller Altersgruppen
- Mehr Geld für alle Schulen, Verbesserung der LehrerInnen-SchülerInnen-Relation an allen Schulformen
- Wegfall der Notenvergabe in den ersten Schuljahren und damit Minderung des Leistungsdrucks
- Schaffung von Ganztagschulen
- Gemeinschaftsschulen statt gegliedertem Schulsystem

Gesundheit darf keine Ware werden

- Rücknahme der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungs- und Selbstbehaltsregelungen
- Verteidigung des paritätisch finanzierten Umlagesystems und Ausbau zu einer Bürgerversicherung, in die alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommensarten einbezogen werden
- Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen und letztlich ihre Abschaffung
- Ausbau von Polikliniken und integrierter Versorgung
- Neuordnung der Vergütungssysteme im Medizinbereich und Einführung einer Positivliste für Medikamente
- Stärkung der PatientInnen- und Beschäftigtenrechte im Gesundheitswesen

Keine Nazis in den Landtag – Demokratie ausbauen

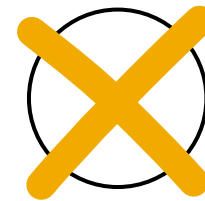
- Gleiche Rechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität oder gar von ihrer „wirtschaftlichen Nützlichkeit“
- Für ein Anti-Diskriminierungsgesetz in NRW
- Gegen den Abbau der demokratischen Grundrechte und gegen die verschärfte staatliche Überwachung
- Für eine Verbesserung des Informationsfreiheitsgesetzes in NRW
- Sprachkurse und Integrationsförderprogramme
- Einsatz von MigrantInnen in Behörden und bei der Polizei
- Konsequente Bekämpfung aller rechtsradikalen Kräfte

Mehr Infos unter: www.wahlalternative-bocholt.de



22. Mai 2005

Landtagswahl NRW



Ihr Kandidat **Rainer Sauer**



Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative - WASG

Warum ich zur Landtagswahl NRW kandidiere

"Arbeitslosigkeit bekämpfen, Sozialabbau stoppen, Reichtum besteuern"

Liebe Mitbürgerinnen! Liebe Mitbürger!

In diesem Lande sorgen sich die Menschen zu recht darüber, wie Rot-Grün (und auch die Oppositionsparteien!) den Sozialstaat zu Grabe tragen.

Es fehlt eindeutig an Arbeitsplätzen. In der Bundesrepublik sind zur Zeit 5,3 Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet, davon allein in Nordrhein-Westfalen 1,2 Millionen. Statt Politik zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu machen, wird vor allem der Normalverbraucher zur Kasse gebeten. Was ist das für eine Politik, die den Reichen Steuergeschenke beschert, hingegen von den Arbeitnehmern, Rentnern, Kranken und Arbeitslosen immer mehr Opfer abverlangt?

Die Arbeitslosigkeit, neben der fehlenden Massenkauflkraft eine Hauptursache der Probleme, wird von den etablierten Parteien nicht ernsthaft angepackt. Die Regierungsparteien (und auch die Oppositionsparteien!) propagieren lediglich Hartz IV als ihre Wunderwaffe zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Doch spätestens seit dem 01.01.2005 wissen wir, dass mit Harz IV kein einziger Arbeitsplatz geschaffen wird, im Gegenteil: Millionen Menschen werden noch weiter in die Arbeitslosigkeit getrieben - und das unter dem Vorzeichen einer Regierung, die sich "sozial und demokratisch" nennt.

Diesen Politikern ist offenbar jedes Gefühl von Gerechtigkeit verloren gegangen. Sie müssen jetzt entscheiden, ob Sie die Lüge von einem armen Staat akzeptieren, oder ob sie dieser Regierung die rote Karte zeigen.

Das Volksvermögen hat unter der Regierung Rot-Grün um 17 Prozent zugenommen, wovon allerdings nur die zehn Prozent der Superreichen profitiert haben.

So darf es nicht weitergehen. Gegen diese Ungerechtigkeit gilt es sich zu wehren.

Dabei liegt mir besonders am Herzen, für die Bürgerinnen und Bürger eine Stimme zu sein, die in der Vergangenheit nicht mehr wählen gehen wollten, weil sie sich von den etablierten Parteien nicht mehr vertreten fühlten.

Rainer Sauer

Ihr Kandidat für den Wahlkreis 77 (Borken I)
- Bocholt, Borken, Isselburg, Rhede -
und Listenplatz 11 der WASG
bei der Landtagswahl 2005 in Nordrhein-Westfalen

Geboren 1957, verheiratet, eine erwachsene Tochter,
Gewerkschaftssekretär bei ver.di
Im Osteresch 21b · 46397 Bocholt
Tel.: 0175-20 44 447 · e-mail: rbs.sauer@t-online.de
Hier erfahren Sie mehr über mich: www.sauer-bocholt.de



Die Wahlalternative „Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ ist eine neu gegründete Partei, in der sich all diejenigen sammeln, denen unser Land und seine Menschen am Herzen liegen, die soziales Engagement und Eintreten für Gerechtigkeit in allen Belangen noch ernst nehmen. In unseren Reihen finden Sie Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen. Wir alle haben die gleiche Motivation. Wir wollen nicht wieder zähneknirschend das „geringere Übel“ oder aber gar nicht wählen, sondern endlich die Politik unseres Landes selbst in die Hand nehmen.

In unserem Landeswahlprogramm ist vor allem das drin, was drauf steht, nämlich „Arbeitslosigkeit bekämpfen, Sozialabbau stoppen und Reichtum besteuern!“ Insbesondere werde ich mich für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, für eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik, für die Bereiche Kindertagesstätten und Altenpflege engagieren, aber auch gegen Privatisierungen von öffentlichem Eigentum und Dienstleistungen.

Wehren Sie sich mit ihrem Stimmzettel im Sinne eines sozial gerechten und nicht arbeitnehmerfeindlichen Staates.

**Darum bitte ich Sie am 22. Mai 2005 wählen zu gehen
und Ihre Stimme der Partei für "Arbeit & soziale
Gerechtigkeit - Die Wahlalternative" zu geben.**

Ihr Rainer Sauer

Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative

WASG